

## Leserbrief zur Selbstbestimmungs-Initiative

Abstimmung vom 25.11.2018

---

### **Volksentscheide durchsetzen aber andersherum!**

Im November 2010 nahm das Stimmvolk die „Ausschaffungsinitiative“ an. Obwohl die SVP mit der parlamentarischen Umsetzung der Initiative nicht einverstanden war, verzichtete sie auf das demokratische Recht eines Referendums. Hingegen lancierte sie sogleich die Durchsetzungsinitiative, welche eine konsequente Ausweisung von straffälligen Ausländern verlangte. Im Abstimmungskampf wurde von den Gegnern moniert, dass die Initiative das in der Verfassung verankerte Prinzip der Verhältnismässigkeit, die Europäische Menschenrechtskonvention sowie das Personenfreizügigkeitsabkommen (FZA) mit der Europäischen Union (EU) verletze. Die Initiative wurde am 16.02.2016 vom Volk mit 58,9 Prozent klar abgelehnt.

Am 17.06.2012 stimmten wir über die Initiative „Staatsverträge vors Volk“ ab. Die Initiative forderte, dass völkerrechtliche Verträge welche die Regelungen in "wichtigen Bereichen" betreffen, zwingend dem Volk zur Abstimmung unterbreitet werden müssen. Begründet wurde die Initiative damit, dass in der Schweiz die Völkerrechte zunehmend über dem Verfassungsrecht stehen würden. Die Initiative wurde vom Stimmvolk ohne wenn und aber mit 75,3 Prozent abgelehnt.

Im November 2012 wurde die sog. Ecopop-Initiative lanciert. Dieser verlangte eine fixe Obergrenze bei der Zuwanderung von Ausländern in die Schweiz. Von den Gegnern der Initiative wurde darauf hingewiesen, dass die Initiative mit den bestehenden bilateralen Verträgen mit der EU, insbesondere mit dem FZA nicht vereinbar sei. Die Befürworter hielten fest, dass die Bilateralen Verträge „sowieso schon tot“ seien. Am 30.11.2014 lehnte das Stimmvolk die Initiative klar mit 74.1 Prozent ab.

Die Entscheide des Stimmvolkes gilt es endlich zu akzeptieren! Deshalb gilt es der Zwängerei der SVP ein Ende zu setzen und die Selbstbestimmungsinitiative mit einem wuchtigen NEIN abzulehnen.

Hugo Bosshart